

**FDP- ORTSVERBAND BORKUM**  
**PRESSESPiegel**  
**Borkumer Zeitung – 03. Januar 2003**  
~Leserbrief~

**Mittelstandsfeindliche Politik**

Die Ergebnisse der Ratssitzung vom 17. Dezember 02 haben leider wieder einmal sehr deutlich gemacht, dass es den meisten der dort Vertretenen offensichtlich nicht darauf ankommt, eine gerechte und ausgeglichene Politik zum Wohle der Borkumer Bürger zu gestalten.

Nachdem bereits vor Jahresfrist die Fremdenverkehrsabgabe (gegen die Stimme des damaligen FDP-Ratsherrn Dr. Resler) um 1,4 % erhöht wurde, haben die schwarzgrünen in gemeinsamer Sache mit den Unabhängigen Insulanern diese erneut um 0,5 % angehoben. Schaut man sich an, wie vielen Borkumern kleinen und mittelständischen Betrieben bereits das Wasser bis zum Hals steht, so bestätigt sich unser Verdacht, dass man eher vor hat, die Kühe zu schlachten anstatt sie zu melken. Ruft man sich weiterhin

ins Gedächtnis, dass die Fremdenverkehrsabgabe zum Zeitpunkt ihrer Einführung unter Bürgermeister van Dyken zeitlich beschränkt aus 2-3 Jahre zur kurzfristigen Deckung von Haushaltslöchern versprochen wurde, und nur dadurch zähneknirschend die Zustimmung der CDU-Basis erhielt, so ist die dauernde Erhöhung dieser Abgabe eine nicht zu übertreffende Unverschämtheit. Dass der Borkumer Vermieter auf diese Erhöhung kaum noch reagieren kann, da die Preise kalkuliert und bereits im Mai/Juni gemeldet wurden, interessiert niemanden. Das ist mittelstandsfeindliche Politik – und zum Mittelstand gehört schließlich fast ganz Borkum. Höhepunkt dieser Politik ist, dass die Stadt und Kurverwaltung kurz nach dem Beschluss (zu welchem auch die Erhöhung der Entwässerungsgebühren gehört) den Ratsherrn und Borkumer

Würdenträgern Weihnachtsgeschenke in Form von nicht billigen Uhren schickt – abkassieren ohne einzusparen. Was sollen die Bürger eigentlich noch alles finanzieren? Ein Studium des Verwaltungsetats von Norderney wäre vielleicht angebracht. Hier wird der Haushalt durch Sparmaßnahmen und Streichung überflüssiger Ausgaben saniert und nicht durch den ständigen Griff in Bürgers Tasche. Der FDP-Ratsherr Haenelt hat sein „Weihnachtsgeschenk“ übrigens an die Verwaltung zurückgegeben.

Sehr enttäuschend ist das Verhalten der Unabhängigen Insulaner, deren Sympathisanten und Wähler zum überwiegenden Teil von der FVA betroffen sind. Hat man nicht vor den Kommunalwahlen die Union für so etwas kritisiert und Zusammenarbeit abgelehnt? Verschont hat man die Insulaner zunächst vor einem Beschluss zur Erhöhung der

Realsteuern. Begründet wurde diese Verschiebung auf Januar 2003 damit, dass man erst die Betriebsergebnisse der städtischen Gesellschaften abwarten wolle. Die Ratssitzung war am 17. Dezember. Zu diesem Zeitpunkt hätte das Jahresergebnis bekannt sein müssen. Im Juli hätten wir diese Erklärung vielleicht abgenommen. Warum wird nicht einfach erklärt, dass ein Beschluss über die Erhöhung der Realsteuern kurz vor Weihnachten nicht gerade publikumswirksam ist?

Nachdem man die Bürger abgezockt und für dumm verkauft hatte, weigerte man sich den geschlossenen, die zum Teil noch angenommenen Freikarten der AG Ems zurückzugeben und fuhr scharfe Attacken gegen den Antragsteller. Auch der Liberale Haenelt hat als SPD Ratsherr die Karten angenommen und genutzt und ist sich seines Fehlers heute bewusst. Bei aller Kritik zeugt

das wenigstens von Lernfähigkeit. Mittlerweile ist die Annahme von Geschenken durch Amtspersonen und Mandatsträger aber nicht mehr eine Frage der Moral, sondern durch das Stuttgarter Urteil in der Freikartenaffäre von 1997 und eine Änderung im Strafgesetzbuch rechtswidrig. Ob die Politik des „Zugreifens“ auf der einen Seite und des „in die Taschen greifen“ auf der anderen Seite sich aber am Ende bezahlt macht, wird der Wähler entscheiden. Wir jedenfalls fordern alle Mitglieder des Rates, die im Besitz der AG Ems-Freikarten sind, auf, diese im eigenen Interesse, um einer möglichen Strafverfolgung zu entgehen, und im Interesse der Öffentlichkeit, damit objektive und unvoreingenommene Politik gegenüber der AG Ems glaubwürdig wird, zurückzugeben.

**FDP Ortsverband Borkum**  
**Fokke Schmidt jr.**  
**Öffentlichkeitsbeauftragter**